

## Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Montag, 27. September 1993, Nachmittag  
Lundi 27 septembre 1993, après-midi

15.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

**Präsident:** Sie werden mir gestatten, die zweite Sessionswoche mit einigen Worten an meine Landsleute im Wallis, speziell in Brig, aber auch an die Bewohner weiterer Regionen, wie im Kanton Tessin, im Kanton Uri und im Kanton Waadt zu eröffnen, die von den verheerenden Unwettern betroffen wurden. Vor allem möchte ich den Angehörigen der Todesopfer mein tiefempfundenes Beileid aussprechen. Die Bewohner erwarten nun von den Bundesbehörden eine rasche und unbürokratische Hilfe, und wir danken heute schon allen, die unserer von den entfesselten Naturkräften hart getroffenen Bevölkerung ihre Solidarität bekundet haben. Mir hat heute morgen ein Journalist folgendes geschrieben: «Es ist dies eine gute Gelegenheit, freundeidgenössische Grösse zu zeigen.»

Auch der Bundesrat hat bereits gestern den Regionen sein Mitgefühl ausgesprochen. Seit heute morgen sind militärische Einheiten, Zivilschutz und Feuerwehr im Einsatz. Herr Bundespräsident Ogi macht zu dieser Stunde einen Besuch in den betroffenen Regionen, und der Bundesrat hat eine rasche und unbürokratische Hilfe versprochen.

Die Naturereignisse haben die Durchführung der eidgenössischen Abstimmungen in fünf Gemeinden verhindert. Ich selber wurde auch an der Stimmabgabe gehindert und habe so das Lager der Nichtstimmenden vergrössert.

Der gestrige Abstimmungssonntag kann als Erfolg für die Bundesversammlung bezeichnet werden, deren Empfehlung das Volk bei allen fünf Vorlagen deutlich gefolgt ist. Die Deutlichkeit der Resultate und die Einstimmigkeit der 26 Kantone sind die bemerkenswertesten Elemente dieser eidgenössischen Abstimmungen.

Volk und Stände haben dem Kantonswechsel des Laufentals zum Kanton Basel-Landschaft zugestimmt. Auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Bern hatten die Weisheit, die Wahl des Laufentals, die es gestern erneut bestätigte, zu akzeptieren. Wir danken den Bernerinnen und Bernern für diesen für sie nicht leichten Entscheid. Die gestrige Abstimmung unterstreicht die Bedeutung, die der Souverän dem Prinzip der Selbstbestimmung beimisst.

Mit der Zustimmung zum Verfassungsartikel gegen die missbräuchliche Verwendung von Waffen haben Volk und Stände klar gezeigt, dass sie die Schweiz nicht zum Waffenmarkt für Kriminelle verkommen lassen wollen. Der klare Volkswille muss jetzt rasch in ein Bundesgesetz überführt werden.

Es war an der Zeit, dass der 1. August, unser Bundesfeiertag, offizieller Feiertag wird. Dank der angenommenen Volksinitiative ist dies nun der Fall.

Was die beiden dringlichen Bundesbeschlüsse anbetrifft, müssen diejenigen, welche das Referendum ergriffen haben, enttäuscht sein, ist ihnen das Volk doch nicht gefolgt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben deutlich gemacht, dass sie die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen und der Krankenkassenbeiträge nicht mehr länger hinnehmen wollen. Sie haben auch einer längeren Bezugsdauer der Taggelder in der Arbeitslosenversicherung zugestimmt. Es wird jetzt darum gehen, das Krankenversicherungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz grundlegend zu revidieren.

91.3344

## Postulat (Eisenring-)Baumberger Preisgünstige Wohnungen für junge Familien Logements à loyer modéré pour les jeunes familles

*Wortlaut des Postulates vom 3. Oktober 1991*

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges sind in unserem Land unter finanzieller Mitwirkung der öffentlichen Hand (Gemeinden, Kantone, Bund) Tausende von Wohnungen errichtet worden. Sodann verfügt die öffentliche Hand über grösseres und kleineres Liegenschaftseigentum, das ganz oder teilweise zu Wohnzwecken zu sehr günstigen Bedingungen vermietet ist.

Zahlreiche Wohnungen dürften heute von Mietern besetzt sein, die die einstmals massgeblichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllen, während junge Leute, insbesondere junge Familien mit Kindern, dringend des hier verfügbaren, in der Regel sehr preisgünstigen Wohnraumes bedürfen. Aus Gründen, die in politischen und persönlichen Beziehungen liegen können, erfolgen Freistellungen solchen Wohnraumes indes nur zögerlich oder überhaupt nicht.

Der Bundesrat wird eingeladen, zusammen mit den Kantonen und den Gemeinden sowie den übrigen mit dem Wohnungsbau auf subventionierter Basis befassten Körperschaften eine «Durchforstung» dieses bedeutenden Teils des Wohnungsmarktes zu veranlassen. Der Bund soll Richtlinien und Weisungen erlassen, wonach betroffene Wohnungsträger Wohnungen, die von nicht mehr Berechtigten belegt sind, freistellen müssen und sie jenen Wohnungssuchenden zuführen, die dringend auf diese Wohnungen – aus finanziellen oder/und familiären Gründen – angewiesen wären.

Letztlich ist auch an den Erlass eines Appells zu denken, wonach unter den heutigen Umständen zu Unrecht privilegierte Wohnungsinhaber ihre Wohnräumlichkeiten freigeben und den Markt entlasten helfen. Der Bundesrat könnte analog anderen Aktionen auch an die Durchführung einer Aktion «Gerechte Wohnpolitik für alle» oder ähnlich denken.

*Texte du postulat du 3 octobre 1991*

Des milliers de logements ont été construits depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale dans notre pays avec le soutien financier de la collectivité (communes, cantons, Confédération). La collectivité est également propriétaire d'immeubles plus ou moins grands, qui sont entièrement ou partiellement loués comme logements à des conditions très favorables.

Nombre de ces logements sont actuellement occupés par des personnes qui ne remplissent plus les conditions qui leur avaient été posées lorsqu'elles y sont entrées, alors que des jeunes, notamment de jeunes familles avec enfants, ont un besoin urgent de ces logements souvent très bon marché. Cependant, en vertu de relations politiques ou personnelles, il est très rare que leurs locataires libèrent ces habitations.

Le Conseil fédéral est invité à faire le point de la situation dans cet important secteur du marché du logement, avec l'aide des cantons et des communes, ainsi que des organisations qui s'occupent de la construction de logements subventionnés. La Confédération doit arrêter des directives et publier des instructions obligeant les propriétaires de logements occupés par des personnes qui ne remplissent plus les conditions requises, à résilier les contrats pour mettre les locaux à disposition de ceux qui, pour des raisons financières ou familiales, en ont un besoin urgent.

Il faut enfin envisager de lancer un appel pour inviter les locataires indûment privilégiés à quitter leurs logements, vu les circonstances actuelles, afin de contribuer à améliorer la situation sur le marché. Le Conseil fédéral devrait – comme il l'a fait dans d'autres domaines – s'engager en faveur d'une politique de logement équitable pour tous.

## Mitteilungen des Präsidenten

## Communications du président

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.09.1993 - 15:30
Date	
Data	
Seite	1589-1589
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 150

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.